

LE CONSEIL PERMANENT À BADEN-BADEN

AKTIVITÄTEN DER UIHJ

- Generalsekretär Dominique Hector berichtete von der Tagung, welche in Paris unter der Leitung von arpège in Gegenwart des Justizministers abgehalten wurde und bei welcher Teilnehmer aus 11 europäischen Ländern anwesend waren. Im kommenden November findet in Paris erneut eine Tagung über das Unternehmensrecht statt.

- Präsident Roland Soulard war bei seiner Reise nach Rumänien überrascht, dort einen Berufsstand der Gerichtsvollzieher vorzufinden, dessen Tätigkeit der in Frankreich ausgeübten sehr ähnlich ist, jedoch mit einer besseren Ausbildung. Die rumänischen Gerichtsvollzieher sind bereit, ihren Beruf zu liberalisieren.

- Me Leo Netten erläuterte anschließend die Pläne der Gerichtsvollzieher in den Niederlanden :

1. Verbesserung der Fähigkeiten des Gerichtsvollziehers ;
2. Verbesserung der Ausbildung und der Versuch, einen Hochschulabschluß für Gerichtsvollzieher zu erreichen ;
3. Organisatorische Verbesserung der Gerichtsvollzieherbüros.

- Der Kollege Rosmalen teilte zudem mit, daß das Mulder-Gesetz einen Mehranfall an Schriftstücken zur Folge hat.

- Präsident Isnard erteilte anschließend Präsident Roland Soulard im Zusammenhang mit dem Kongreß in Lille das Wort. Der allgemeine Berichterstatter, Me Hulaud, ging in bemerkenswerter Weise auf die Kommunikationstechnologien ein.

- Dann gratulierte Me Mancini Präsident Sene für die hervorragende Organisation und den Erfolg des Seminars, bei welchen es gelungen war, eine

Berichterstatter für den Internationalen Kongreß, der am 10., 11., 12 und 13. Juni 1997 in Stockholm stattfinden wird, das Wort.

Der allgemeine Berichterstatter Spinelli wies darauf hin, daß die Veranstaltung von dem allgegenwärtigen Gedanken beseelt sein muß, die Apologie des liberalen, verantwortungsbewußten, kompetenten und effizienten Gerichtsvollziehers herbeizuführen.



Alle delegation zu ende arbeiten
von dem Brenner's hotel in Baden Baden

Reihe afrikanischer Länder zusammenzubringen. Dank dieses Seminars sind bei der UIHJ 5 neue Beitrittsanträge aus afrikanischen Ländern eingegangen.

- Anschließend erstatten die Vertreter der jeweiligen delegationen ihren Tätigkeitsbericht.

KONGREß IN STOCKHOLM

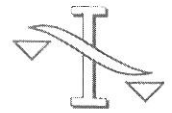
Präsident Isnard erteilte Me Spinelli, dem allgemeinen

Me Nikola Hesslen meldete, daß alle Vorbereitungen bestens laufen, und daß die schwedische Delegation alles daran setzt, damit dieser Kongreß ein Erfolg wird.

EUROPÄISCHE UNION

Die Europäische Union, die sich mit der Reform des Abkommens von Den Haag konfrontiert sieht, hat sich an die in der Praxis Tätigen der UIHJ gewendet, um der Reform aus dem Engpaß zu verhelfen. In





Jeweiligen delegation
von Marokko

bezug auf die Veröffentlichung des UIHJ Magazine geäußert worden war, sehr erfreut. Diese kritischen Äußerungen haben zu einer Änderung der Titelseite, der Farbe und des Layout geführt, zudem wurden Übersetzungen ins Deutsche und Englische hinzugefügt.

NEUE MITGLIEDER

6 Anträgen auf Mitgliedschaft wurde stattgegeben, diese kamen aus Benin, Burkina Faso, dem Kongo, Marokko, der Slowakei und Togo.



Jeweiligen delegation
von Kongo

Paris wurde ein Fachseminar über die Weiterleitung von gerichtlichen und außergerichtlichen Schriftstücken abgehalten. Die UIHJ hat ausreichend klare Antworten erhalten, damit die Europäische Union von einer Änderung des Abkommens von Den Haag absieht. Ein zweites Seminar ist für den 25. Oktober 1996 vorgesehen.

Termin für die nächste Tagung des Ständigen Ausschusses

Die nächste Tagung findet am Freitag, den 29. November 1996 in Paris statt.

- (1) Commissaire-priseur
- (2) Agents fonctionnaires ou des professionnels libéraux
- (3) Officiers ministériels
- (4) Officiers publics

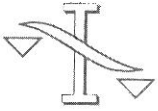
FINANZLAGE : Bilanz - Budget

Der Schatzmeister Christian erläuterte die Finanzlage. Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1995 sowie die eingereichten Beitragslisten wurden von der Versammlung gebilligt.

UIHJ Magazine

Der Chefredakteur des UIHJ Magazine, Me Roger Dujardin, war über die positive und konstruktive Kritik, welche in



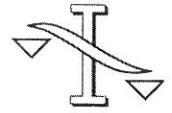


Charte du stagiaire

L'Union Internationale des Huissiers de Justice a pour vocation d'aider les confrères des pays membres à se perfectionner dans l'exercice de la profession d'huissier de justice.

Pour remplir cette fonction, elle organise des stages dont le déroulement est réglementé par la présente charte.

- 1 - Les stages peuvent être organisés en BELGIQUE, en FRANCE, au LUXEMBOURG ou aux PAYS-BAS.
- 2 - Ces stages se déroulent dans la langue du pays d'accueil.
A défaut de parler la langue de ce pays, le stagiaire se fera accompagner par un interprète de son choix.
- 3 - Le stagiaire se rendra obligatoirement dans l'étude chargée de l'accueillir. Il sera prévenu à l'avance de la situation de celle-ci.
Cet accueil nécessitant une organisation interne, le stagiaire ne pourra se rendre dans une autre étude.
- 4 - Le stage dure 15 jours. Il est effectué obligatoirement dans deux études différentes.
- 5 - Le stagiaire s'engage à suivre l'activité de l'étude pendant la durée normale d'ouverture de cette étude.
- 6 - Un seul stagiaire sera reçu par étude avec son interprète s'il y a lieu.
- 7 - L'Union prend en charge les frais d'hébergement et de repas du stagiaire dès son arrivée dans le pays d'accueil, jusqu'au moment où il quitte ce pays. Les frais de transport vers les deux études accueillantes sont également pris en charge par l'Union.
- 8 - Les frais des interprètes ne sont pas pris en charge par l'Union (transport, séjour, repas). Ils restent entièrement à la charge du stagiaire.
- 9 - Le stagiaire s'engage ensuite à faire part de son expérience personnelle auprès des confrères de son pays en rédigeant un rapport qui pourra leur être diffusé ou en animant des réunions.



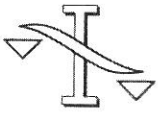
Trainee agreement

The International law Solicitor's Association vocates to help colleagues from affilated contries to improve ones duty as a law solicitor.

To provid this faculty the association organises training sessions which take place with the present regulations.

- 1 - The training sessions can be organised in BELGIUM, FRANCE, LUXEMBURG or Netherlands.
- 2 - These sessions take place in the repected contrie's language. If one does not speak the language, the trainee may be escorted by an interpreter of choice.
- 3 - The trainee must go to the office in charge of reception. The trainee will kow about the situation in advance.
For his reception an internal organisation is necessary. The trainee can not go to another office.
- 4 - The duration of the training is fifteen days and must be effected in two differant offices.
- 5 - The trainee is committes to follow the office activities during the normal office hours.
- 6 - Only one trainee is received in an office with an interpreter, if necessary.
- 7 - The housing, meals and transport are covered by the Association from the arriving day until departure. The transportation to the two offices are also covered by the Association.
- 8 - The interpreter's expenses are not covered by the Association. The trainee is completely in charge of the interpreter's expenses (housing, meals and transport).
- 9 - Afterwards the trainee is invited to share the personal experience with the colleagues of his contry and to write a report that could be diffused and used to animate reunions.





Anwärter charta

Die Union Internationale des Huissiers de Justice hat als Berufung den Kollegen der Mitgliedsländer behilflich zu sein um den Beruf des Gerichtswollziehers in seiner Ausübung zu vervollkommen.

Um das zu verwirklichen, werden Anwärterseminare veranstaltet bei welchen die Teilnehmer sich folgenden Regeln fügen sollen.

- 1 - Die Anwärterseminare können in BELGIUM, en FRANKREICH, au LUXENBURG und HOLLAND abgehalten werden.
- 2 - Die Anwärterseminare werden in der Sprache des Empfangslandes abgehalten. Wenn diese Sprache nicht beherrscht wird, muss sich der Anwärter von einem Dolmetscher seiner Wahl begleiten lassen.
- 3 - Der Anwärter muss in die Amtsstube eintreten die ihm zugesprochen ist. Er wird frühzeitig informiert wo sie sich befindet.
Da die Auswärterausbildung eine interne Vorbereitung benötigt, darf der Anwärter sich nicht in eine andere Amtsstube als die ihm zugeteilt wurde, begeben.
- 4 - Das Anwärterseminar dauert 15 Tage und Wird in zwei verschiedenen Amtsstuben abgehalten.
- 5 - Der Anwärter verpflichtet sich die üblichen Büroarbeiten während den Öffnungszeiten der Amtsstube zu verfolgen.
- 6 - Nur ein einziger Anwärter (mit evt. Dolmetscher) kann in einer Amtsstube angenommen werden.
- 7 - Die Union übernimmt Kost- und Unterkunftskosten des Anwärters von dem Moment an woer im gegebenen Land ankommt bis er es wieder verlässt. Die Transportkosten der zwei Reisen in die Empfangsamtsstuben werden auch von der Union übernommen.
- 8 - Die Auslagen der begleitenden Dolmetscher (Transport, Unterkunft, Kost) werden nicht von der Union übernommen. Sie bleiben dem Anwärter zu Last.
- 9 - Der Anwärter verpflichtet sich danach seine eigene Erfahrung seinen Landeskollegen weiterzugeben indem er einen schriftlichen Bericht erstattet der ihnen verbreitet werden kann, oder Berufsanstellungen belebt.



HANOI les 22-23-24 août 1996

Séminaire sur les voies d'exécution



De gauche à droite : Me HECTOR, Me ISNARD, Me SOULARD, Mme BALAND, M. N'Guyen The Giai, M. Guillou

Depuis 1993 que la maison du droit vietnamo-française a été créée à Hanoi, cette institution remarquablement codirigée par M. N'Guyen The Giai, son directeur, et M. Alain Guillou, son directeur adjoint, constitue un puissant instrument contribuant à l'éclosion du droit français dans le Sud-Est asiatique. Les missions, qui se sont succédées tout au long de ces années, ont permis à différentes catégories de professionnels d'animer de nombreux séminaires sur des disciplines du droit extrêmement variées.

Déjà, dans l'enceinte de cette Maison du Droit, l'an passé, une délégation composée d'un magistrat, d'un avocat et du président ISNARD avait tenu un séminaire sur la procédure civile.

En Août, un nouveau groupe d'experts composé d'un magistrat (1) et de trois huissiers de justice (les présidents ISNARD, SOULARD et Me Dominique HECTOR) a présenté aux juristes vietnamiens le nouveau régime des voies d'exécution ainsi que le statut de l'huissier de justice français.

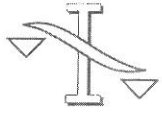
Ce séminaire a permis, en dégagant les grands principes qui régissent le droit de l'exécution en France, d'établir des éléments de comparaison avec le système en vigueur au Viêt-nam.

Pour se pénétrer de l'importance, pour cette nation, de se doter d'un nouvel arsenal de mesures destinées à renforcer l'efficacité de l'exécution des décisions de justice, il convient de s'intéresser à la situation

économique du Viêt-nam. Un pays qui compte aujourd'hui près de 75 millions d'habitants et qui offre à une population très jeune (la moitié des Vietnamiens ont moins de 30 ans dont la main d'oeuvre est parmi la moins chère du monde) des perspectives d'avenir considérables. Toutefois le progrès économique est conditionné au développement des investissements de capitaux étrangers.

A cet égard, les règles du commerce international et surtout le régime des garanties qu'elles impliquent, postulent pour une meilleure sécurité des affaires. Dès lors, les pays ouverts à la coopération économique internationale doivent présenter des garanties suffisantes pour la réalisation et l'exécution judiciaire des contrats sur leur sol.

Le Viêt-nam dispose d'un texte de l'exécution récent (1993) conçu pour une économie de marché interne donc forcément limitée (2). Les



autorités de ce pays n'ont pas manqué d'être sensibilisées par cette situation trop réductrice du développement international des affaires et considèrent avec beaucoup de lucidité que le droit de l'exécution constitue une discipline phare dans la nouvelle construction de leur système judiciaire, discipline qu'il convient désormais de traiter parmi les toutes premières priorités (le Viêt-nam vient de se pourvoir d'un nouveau code civil).

L'erreur serait donc d'imaginer qu'un pays qui affiche avec force son appartenance politique au marxisme soit hermétique aux notions de l'exécution en vigueur en France ou dans les pays dotés de moyens modernes d'exécution (exécution en matière d'obligation de faire exécution sur les meubles incorporels, mesures conservatoires, sûretés judiciaires etc ...).

Au demeurant, les experts vietnamiens ont pour coutume de s'entourer de nombreuses précautions avant de se fixer sur leur choix et à ce titre étudient de nombreux régimes en vigueur dans différents pays. Leur perspicacité ne saurait être prise en défaut, car leur volonté est de se constituer d'une législation moderne susceptible de répondre aux concepts d'un droit de l'exécution adaptés aux exigences des échanges commerciaux et du monde des affaires. Le contact est donc simplifié par la perception concrète par la partie vietnamienne des constructions juridiques ressortissant au

domaine de l'exécution en France.

Durant ces deux journées réservées à l'examen des voies d'exécution en France une trentaine d'experts et participants vietnamiens ont enregistré avec beaucoup d'attention les propos tenus par les quatre orateurs.

La délégation officielle vietnamienne conduite par M. HOANG THO KHIEM, Directeur du département de gestion de l'exécution des jugements civils, assisté de M. N'GUYEN KHAC-HIEU, Chef du département de la gestion de l'exécution des jugements civils et de M. N'GUYEN THANH THUY, Chef de service de l'exécution des jugements civils a sollicité de nombreuses précisions avant d'aborder, à l'issue d'une troisième journée d'étude, le statut de l'huissier de justice.

Incontestablement le régime de l'huissier de justice même dans sa conception libérale a polarisé l'attention des autorités vietnamiennes. Il convient de préciser que ce pays comportait un corps d'huissier de justice identique à celui existant en France jusqu'à la fin de la présence française au Viêt-nam (1959) (3). Ce régime a d'ailleurs subsisté au Viêt-nam du Sud jusqu'en 1975 date à laquelle l'influence américaine a complètement effacé l'empreinte française. D'ailleurs et l'information émane de M. N'GUYEN DINH LOC, Ministre de la Justice de la République du Viêt-nam. "Il existe parmi mes services des consultants qui ont connu le régime de l'huissier français au Viêt-nam...". Au

demeurant, M. LOC n'a pas manqué de préciser que cette circonstance n'était nullement de nature à privilégier l'instauration d'un corps d'huissier de justice inspiré du statut français s'il s'avérait qu'un système différent soit mieux adapté aux exigences de son pays.

Toutefois, à la conclusion de ces trois journées de séminaire, M. N'GUYEN DINH LOC, au cours d'une réception privée devait, en abordant les différentes perspectives de coopération, entre le gouvernement du Viêt-nam et la Chambre Nationale française, proposer l'élaboration d'un protocole visant à une contribution des huissiers de justice français pour la confection d'une nouvelle législation de l'exécution et la mise en place de la profession d'huissier de justice au Viêt-nam.

D'autres points d'accord ont encore été scellés notamment ceux concernant la venue d'une mission et de stagiaires dans les études en France. Enfin la coopération internationale avec l'UIHJ a fait l'objet d'échanges prometteurs.

(1) Mme BALAND qui est juge de l'exécution directeur du tribunal de Paris.

(2) L'ordonnance sur l'exécution des jugements civils du 1er juin 1993 comporte 50 articles.

(3) Dans l'ouvrage HOSTARII, il est fait état au congrès de Paris de 1937 de la présence de Me COCOGNE «huissier à Saïgon représentant les huissiers d'Indochine p. 87".



Hanoi, 22 - 24 August 1996

Seminar on methods of execution



Since its establishment in Hanoi in 1993, the Franco-Vietnamese Institute of Law, under the remarkable joint direction of N' Guyen The Giai, its Director, and Alain Guillou, Deputy Director, has made a very important contribution to the emergence of French law in south East Asia. Throughout that time it has enabled various kinds of professionals to lead numerous seminars on an extremely wide variety of legal subjects. Last year, the Institute was the venue for a seminar on civil procedure given by a judge, a lawyer and President Isnard.

In August, a new group of experts consisting of a judge¹ and three bailiffs (Presidents Isnard and Soulard and Mr. Dominique Hector) gave a presentation to Vietnamese lawyers on the new system of execution and on the status, rights and duties of bailiffs in France.

This seminar, in bringing out the main principles which underlie the law governing execution in France, established a framework of comparison with the system in operation in Vietnam.

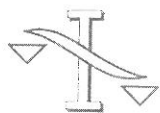
In order to appreciate the importance to Vietnam of a new set of measures designed to make execution more effective, we must look at the country's economic situation. A country with a population of 75 million (half of whom are under 30 years old) and whose labour costs are among the cheapest in the world has considerable prospects for the future. However economic

progress depends on developing foreign investment.

In this respect the rules of international trade and especially the system of guarantees which is thereby implied, represent the best security for business. That being the case, countries open to economic co-operation must offer sufficient guarantees for the realisation and judicial execution of contracts on their territory.

Vietnam does have a law on executions dating from 1993. It was designed for the internal market which is of course very limited². The Vietnamese authorities are aware of this situation which limits the development of international trade and they are quite clear that the law on execution is a major element in the reconstruction of their judicial system, and one which must henceforth be treated as a first priority Vietnam has just produced a new civil code).





It would be a mistake to imagine that a country which displays its allegiance to Marxism with some vigour is indifferent to the concept of execution as practised in France or in other countries which use modern methods of execution (execution involving incorporeal movables, protective measures, judicial safeguards, etc.).

It is customary in Vietnam for experts to take numerous precautions before making a decision and many systems in operation around the world were studied. This approach could not be faulted as it was their intention to devise modern legislation incorporating a law of execution adapted to the demands of trade and the business world. Contact was simplified by the Vietnamese party's clear understanding of the legal structures characteristic of the law of execution in France.

During two days dedicated to methods of execution in France, thirty experts and the Vietnamese participants gave their closest attention to the four speakers.

The official Vietnamese delegation, led by Mr. Hoang Tho

Khiem, Director of the department for the management of the execution of civil judgments, assisted by Mr. N'Guyen Khac-Hieu, head of department and of the management of the execution of civil judgments, and by Mr N'Guyen Thanh Thuy, head of the department of the execution of civil judgments, sought many clarifications before coming to the status, rights and duties of the bailiff, at the end of a third day of study.

Undoubtedly it was the institution of the bailiff, even the concept of the independent bailiff, which caught the attention of the Vietnamese authorities. It should be noted that Vietnam had a corps of bailiffs identical to that which existed in France when the French presence came to an end in 1959. This system continued in South Vietnam until 1975 when the French influence was erased by that of the Americans. Indeed, according to Mr. N'Guyen Dinh Loc, Vietnamese Minister of Justice, his ministry still has consultants who worked under the French system of judicial bailiffs. Incidentally, Mr. Loc did not omit to point out that this was not an

argument for introducing a system based on the French model if a different system would be better adapted to the needs of the country.

However, at a private reception at the end of the three day seminar, Mr. N'Guyen Dinh Loc, touching on various aspects of co-operation between the Vietnamese government and the french National Chamber, proposed that a protocol be drawn up on the contribution of French bailiffs to the creation of new legislation on execution and the introduction of the profession of bailiff in Vietnam.

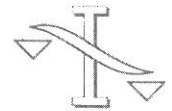
Agreement was also reached on a various other points, notably that a delegation should visit France and trainees be sent to study. Finally, co-operation with the UIHJ has achieved some promising exchanges.

(1) Mrs. Baland who is the Executions Judge, Director of the Court, Paris.

(2) The Order of 1 June 1993 on the execution of civil judgements has 50 articles.

(3) The work *Hostarii* records the presence of a Mrs. Cocogne «bailiff in Saigon, representing the bailiffs of Indo-China, p. 87» at the Paris conference in 1937.





2e Congrès : 5, 6 et 7 septembre 1996

Le bilan après deux années d'existence

*C'est à Siofok
(120 km environ de
Budapest) sur les rives
reposantes du Lac Balaton
que s'est tenu le 2ème
congrès de la toute jeune
Chambre Nationale des
Huissiers de
Justice hongrois.
L'ordre du jour
particulièrement chargé
comportait exposés,
analyses et délibérations
étalés sur trois journées.*

Cette manifestation était marquée par la présence de nombreuses personnalités, dont M. VIDA «père de la loi sur les huissiers hongrois» de représentants du ministère de la justice, des membres de l'association des avocats et du président de l'UIHJ Me Jacques ISNARD.

Sur les 185 huissiers que compte la profession en Hongrie seuls six d'entre eux n'avaient pas répondu à l'appel du bureau organisateur.



A l'extrême droite: Niklos KREJNIKER (Président)
et à ses côtés, M. DIENESCH, délégué à l'UIHJ

Après la journée d'ouverture, marquée par une intervention du Président de l'Union Internationale proposant la collaboration de l'Union en faveur de la création d'un organisme de formation des huissiers hongrois, les travaux se sont poursuivis dans la confidentialité qui sied à l'examen des problèmes internes sans toutefois que soient négligées les réflexions prospectives.

L'ultime journée consacrée aux interventions fut l'occasion pour M. VIDA de se livrer à un large commentaire sur l'application de la loi de 1994 dite «LOI SUR LES SAISIES»

Les premiers propos, dans l'intervention de M. VIDA, furent pour insister sur la portée politique de la loi de 1994 publiée en raison de circonstances heureuses : «en l'état du calendrier parlemen-

taire actuel il serait aujourd'hui inenvisageable de concevoir un tel texte».

Les Huissiers ou agents significateurs hongrois ont signifié en 1996 environ 350 000 actes dont 250 000 par les seuls huissiers libéraux, le reste étant reparti entre les huissiers départementaux et les avis à tiers détenteurs des administrations.

Un tiers seulement des actes d'exécution signifiés génèrent un recouvrement par huissier, les deux tiers restant étant sans suite ou favorisant un traitement direct entre créanciers et débiteurs.

L'échec des poursuites d'exécution trouve son fondement dans la situation économique des débiteurs souvent dépourvus d'actif mobilier (1). ; en outre l'arsenal juridique est encore insuffisant pour faire échec aux

